

DIE INDISCH-PAKISTANISCHEN BEZIEHUNGEN

Robert Siegfried

Dieser Beitrag soll kein Abriss der Geschichte beider Staaten seit der 1947 erlangten Unabhängigkeit sein. Es geht vielmehr darum, Ursachen für die heute zweifelsfrei vorhandene Feindschaft zwischen den beiden Ländern herauszuarbeiten. Dabei werde ich auf Verhaltens- und Denkmuster eingehen, die die Beziehungen zwischen Indien und Pakistan charakterisieren und über die Entwicklungen seit 1998 berichten.

Die Schaffung Pakistans war das politische Ziel Muhammad Ali Jinnahs, der in einem unabhängigen Indien Nachteile für die muslimische Bevölkerung befürchtete. Durch Jinnahs Diktum, dass die indischen Muslime eine eigene Nation darstellten, wurde die Existenz Pakistans begründet. Nachdem der Staat Pakistan 1947 Realität geworden war - in der Form von zwei nicht miteinander verbundenen und 1500 Kilometer voneinander entfernten Teilgebieten - musste die jeweilige pakistanische Regierung den islamischen Charakter des Landes betonen, da dieser ja Voraussetzung für die Schaffung Pakistans gewesen war. Indien, wo auch nach der Unabhängigkeit immer noch halb so viele Muslime lebten wie in Pakistan (Osten und Westen), verstand sich als ein säkularer Staat. Pakistan wurde nicht zum Vaterland aller indischen Muslime, sondern lediglich zu einem Land, das die muslimischen Bevölkerungsmehrheiten in zwei Regionen des früheren Britisch-Indien repräsentierte. Aufgrund der uneinheitlichen geographischen und kulturellen Voraussetzungen hatte Pakistan bis Ende der fünfziger Jahre Schwierigkeiten, sich selbst zu charakterisieren - es gab erhebliche Probleme und Streitigkeiten schon bei der Formulierung der Verfassung des Landes. Der Islam erwies sich als ungeeignetes Konzept zur Schaffung einer staatlichen Identität. Die kulturellen Gegensätze sowie Hegemonialansprüche seitens der militärischen und politischen Eliten Westpakistans gegenüber dem östlichen Teil des Landes führten dann zur Abtrennung Bangladeschs 1971, die gleichbedeutend war mit dem Scheitern des Projektes Pakistan als Heimat aller indischen Muslime. Das heutige Pakistan konnte sich nicht länger als alleiniger Vertreter einer muslimischen Nation im indischen Subkontinent darstellen, sondern musste einen anderen Weg finden, eine wie auch immer geartete Nation aus seinen sehr heterogenen Bevölkerungsgruppen zu formen. Diese Nation existiert, so behaupte ich, bis heute nicht in einer stabilen Form, jedoch kam es in den letzten 30 Jahren zur Herausbildung eines pakistanischen Selbstverständnisses, das vor allem auf einer Konstruktion fußt: der Konfrontation mit Indien. Diese Konfrontation oder besser die Annahme eines unwillkürlich immer schwelenden Konfliktes zwischen Indien und Pakistan ist wie keine andere zu einer Existenzbedingung für den Staat Pakistan geworden. Die fast schon rituelle Betonung der traditionellen Rivalität hat zur Herausbildung von Feindbildern geführt, deren Existenz schwer zu begründen ist, da beide Staaten einer ähnlichen sprachlichen, kulturellen und auch religiösen Tradition angehören. Aber gerade diese Gemeinsamkeiten machten eine deutliche Abgrenzung Pakistans von Indien notwendig - Abgrenzung wirkte identitätsstiftend. Der ewige Zankapfel ist Kaschmir, das noch über Jahrzehnte dazu dienen wird, die indisch-pakistanischen Gegensätze zu betonen und damit die im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung der beiden Staaten außerordentlich hohen Militärbudgets zu rechtfertigen. In den letzten knapp 20 Jahren hat zudem der in beiden Ländern anwachsende religiöse Fundamentalismus Argumente für das Aufrechterhalten der traditionellen Feindschaft geliefert. In Indien gewannen rechtspopulistische Hinduorganisationen an Bedeutung, deren politischer Ableger, die BJP, seit 1998 die Koalition der indischen Zentralregierung führt. Diese Partei und ihre Mutterorganisationen, wie der RSS (Nationale Freiwilligen-Organisation) und der VHP (Welthindurat), haben sich zum Ziel gesetzt, Indiens säkularen Staat in ein sogenanntes "Reich der Hindus" umzuwandeln. Aggressive Polemik gegen den muslimischen Nachbarn Pakistan und die

muslimische Minderheit im eigenen Land, die auf mindestens 130 Millionen Menschen geschätzt wird, gehört zum Standardrepertoire der Vertreter dieser Organisationen. In Pakistan schürt das Ängste vor einer von extremistischen Hinduparteien regierten Hegemonialmacht Indien, die wiederum das alte Feindbild bestätigen. Umgekehrt gab es seit der Regierung Zulfikar Ali Bhuttos Anfang der siebziger Jahre und vor allem seit den Jahren der Herrschaft von General Zia ul-Haq verstärkte Tendenzen einer Islamisierung des politischen und öffentlichen Lebens in Pakistan. Der Rückzug der Sowjets aus Afghanistan führte in Pakistan zu einer verstärkten Tätigkeit islamistischer Organisationen, die oft auf verschiedene Weise den Sezessionismus oder die Unabhängigkeitsbewegung der Kaschmiris unterstützten. Der Aufschwung der religiösen Schulen, der Madrasas, und die Bewegung der Taliban, die aus diesen Schulen hervorging, vermitteln das Bild eines Staates, in dem aggressive islamistische Gruppierungen großen Einfluss ausüben.

Tatsächlich ist die Bedeutung solcher radikaler Organisationen in den letzten Jahren zwar gewachsen, jedoch repräsentieren sie in beiden Ländern jeweils nur geringe Teile der Bevölkerung (man spricht von jeweils 5-10 Prozent). Ihre Publicity und Medienpräsenz wird durch ihr aggressives Auftreten potenziert und verstärkt so den äußeren Eindruck zweier sich zunehmend radikalisierender religiös verfeindeter Staaten. Durch selektive Polemisierung zu den politischen Verhältnissen im jeweils anderen Staat gelingt es den Politikern beider Länder seit Jahren erfolgreich, das alte Feindbild nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern zu verstärken und zu verfestigen.

Politische Leitbilder: die Angst Pakistans vor einem übermächtigen Indien

Das Eingreifen Indiens in den Konflikt um Ost-Pakistan, der 1971 mit einer vernichtenden Niederlage der pakistanischen Armee endete und zur Schaffung von Bangladesch führte, ist hier der entscheidende Ausgangspunkt. Die westpakistanischen Streitkräfte wurden gedemütigt, der Anspruch Indiens auf Hegemonialmacht in Südasiens eindrucksvoll untermauert. Pakistan fühlte sich von seinen traditionellen Verbündeten, den USA und China, die vor der Eskalation ihre Unterstützung zugesagt hatten, im Stich gelassen. Vor diesem Hintergrund konzentrierte sich die pakistanische Führung unter dem demokratisch gewählten, anfangs überaus populären, charismatischen, aber zunehmend despotisch wirkenden Präsidenten und Premierminister Zulfikar Ali Bhutto auf die Schaffung einer unabhängigen politischen Position. Pakistan unter Bhutto suchte eine eigene Rolle als wichtige Stimme der dritten Welt, die nicht immer im Gleichklang mit der der Amerikaner war. Bhutto verfocht wie die mächtigen Generäle im Hintergrund eine Politik der Aufrüstung, die Pakistan in zukünftigen Konflikten mit Indien eine gleichwertige militärische Position verschaffen sollte. Gleichzeitig wurde ein Programm zur Entwicklung einer pakistanischen Atombombe in die Wege geleitet, das für weitere Irritationen bei den verbündeten Amerikanern sorgte. Eine Schmach wie die von 1971 sollte in der Zukunft durch militärische Abschreckung unmöglich gemacht werden. Auf der offiziellen Ebene versuchte Bhutto schon seit 1972 die bilateralen Kontakte zu Indien zu verbessern - die siebziger Jahre wurden zu einer Periode relativ geringer Spannungen zwischen den beiden Staaten, auch der Konflikt um Kaschmir ruhte gewissermaßen ungelöst nach den Friedensverhandlungen von Shimla im selben Jahr. Auch der erste indische Atomtest von 1974 sollte die relativ stabile Lage nicht verändern - er wurde von Indien auch nie als ein Atombombentest bezeichnet.

Trotz aller Entspannungstendenzen hatte sich aber in Pakistan und in seiner Armee das Bild vom Erzfeind Indien festgesetzt, Bhuttos Entgleisung in der UN-Vollversammlung vom 16. Dezember 1971, als er, erbost über die Entwicklungen um Bangladesch, einen "tausendjährigen Krieg" mit Indien ankündigte, ist noch immer die meistbeachtete politische Äußerung seiner Karriere und verschaffte ihm in Pakistan großes Ansehen. Der selbsternannte Mann des Volkes versuchte Pakistan auch auf anderem Weg das vermisste Gefühl einer eigenen nationalen Identität zu geben - so popularisierte er im vorher recht verwestlichten

Pakistan die bis heute von fast allen Männern getragene traditionelle Kleidung der weiten Hose und des langen Hemdes (Shalwar Kamis) und bezeichnete diese als "national islamic dress". Historisch gesehen ist der Shalwar Kamis weder überall in Pakistan die typische, noch die spezifisch islamische Kleidung gewesen, aber Bhuttos Idee hatte Erfolg. Während der Islamisierungskampagne unter Zia ul-Haq setzte sich der Trend zum Shalwar Kamis fort. Für die Pakistanis war damit eine äußerliche Abgrenzung von den ähnlichen Indern gelungen, die, von den Politikern abgesehen, zunehmend westliche Kleidung bevorzugten.

Das bewusste Kreieren kultureller Unterschiede und eine massive Aufrüstung sollten Pakistan vor der als übermächtig empfundenen Militär- und Kulturmacht Indien schützen. Zur Abgrenzungsstrategie gehört auch ein gewisses Elitebewusstsein, vor allem innerhalb der pakistanischen Armee. Hier ist die Vorstellung von der prinzipiell geringen Kampfmoral und Kampfstärke der indischen Truppen verbreitet. Diese werden als sich ausschließlich von Gemüse ernährende verweichlichte Hindus dem martialischen Ideal des großgewachsenen Pathanen von der Nordwestgrenze des Subkontinents gegenübergestellt, der den Kampf geradezu herbeisehnt. Dieses Konzept, das noch der britischen Theorie von den "martial races" entlehnt ist, sollte sich in den vier kriegerischen Konflikten, die mit Indien bis heute ausgefochten wurden, als Illusion erweisen, zumal in der indischen Armee auch Muslime und sehr viele Sikhs dienen. Nichtsdestotrotz ist diese Idee in den Vorstellungen vieler Pakistaner scheinbar unverrückbar vorhanden und gehört zu den Standardklischees, denen man im Bezug auf die ja äußerst heterogene indische Bevölkerung immer wieder begegnet. Sie illustriert den Versuch, sich den indischen Feind, entgegen aller demographischen Realitäten, als einheitlich negativ belastetes Bild zu modellieren. Interessanterweise findet sich auf indischer Seite die Vorstellung, dass die verkrustete Kommandostruktur und die Vetternwirtschaft innerhalb der militärischen Eliten im Kriegsfall ein Nachteil für Pakistan sein könnte. Demgegenüber steht die stark motivierte indische Armeespitze, deren Generäle sich durch sämtliche Rangstufen emporarbeiten mussten.

In diesem Zusammenhang ist die Diskrepanz zwischen Indiens Hegemonieanspruch in Südasien und Indiens Ruf - vor allem in Pakistan - ein "soft state" zu sein, erwähnenswert. Indien hatte sich in den Kriegen mit Pakistan niemals zu entscheidenden territorialen Eroberungen hinreißen lassen und auch im Falle der Überlegenheit in den nachfolgenden Verhandlungen lediglich auf der Beibehaltung des Status quo bestanden. Ein gutes Beispiel ist die durch Indien geübte Zurückhaltung während und nach dem Kargil-Konflikt in Kaschmir 1999. Kämpfer verschiedener kaschmirischer Organisationen hatten im Verein mit einigen Truppenteilen der pakistanischen Armee während des Winters einige strategisch wichtige Höhenzüge auf der indischen Seite der Demarkationslinie in Kaschmir besetzt. Die indische Armee war unter großen Verlusten im Sommer 1999 in der Lage, die Höhenzüge zurückzuerobern, jedoch wurde jeder Vorstoß auf pakistanisches Gebiet vermieden, um den Konflikt regional zu beschränken und nicht eskalieren zu lassen. Typischerweise ist in diesem Falle dem aggressiven Verhalten Pakistans mit Entschlossenheit begegnet worden, jedoch wurden keine Vergeltungsaktionen ins Auge gefasst. Eine solche Haltung, die über Jahrzehnte Indiens Politik im Falle einer Provokation von außen gekennzeichnet hat, führt fast zwangsläufig zur Ausbildung eines weichen Images und ein solches erschwert Indien eine glaubhafte Politik der Abschreckung. Indiens Ruf als "soft state" ist im Verein mit der Existenz von Atomwaffen auf beiden Seiten eine große Bedrohung der Sicherheit in der Region, da ein solcher Ruf zu Provokationen von Seiten Pakistans geradezu ermuntert, die dann von indischer Seite, vielleicht durch den Wunsch begründet, das weiche Image abzuschütteln, eher unkontrolliert beantwortet werden könnten.

Das Bild Pakistans in Indien

Indische Denkmuster zur Einschätzung des Nachbarn Pakistan sind weitaus weniger uniform als die der Gegenseite. Dies beruht auf Indiens heterogen zusammengesetzter Bevölkerung -

die Stimmen der geschätzt knapp 130 Millionen Muslime Indiens sind in den Wahlen zum Zentralparlament stets von entscheidender Bedeutung gewesen und so nimmt es nicht Wunder, dass selbst hindunationalistische Parteien, wie die derzeit regierende BJP sich mit dezidiert antimuslimischen Äußerungen zurückhalten, sobald ein Wahltag vor der Tür steht. Auch chauvinistische oder polemische Aussagen zu Pakistan sind nicht so oft gefallen, wie man bei aller offensichtlicher Feindschaft vermuten könnte. Indiens innenpolitische und außenpolitische Probleme beschränkten sich niemals auf Kaschmir und Pakistan und das Bild eines Erzfeindes Pakistan ist in Indien kaum so ausgeprägt wie das des großen Widersachers Indien auf pakistanischer Seite.

Seit einem Jahrzehnt fallen allerdings häufiger dezidiert antipakistanische Äußerungen in der indischen Medienlandschaft oder Politik. Das hat mit der seit 1989 wiedererstarkten sezeptionistischen Bewegung in Kaschmir zu tun und mit den Gefahren, die sich damit nach Meinung der Mehrheit der Inder für die Integrität der indischen Union ergeben. Was eine Lösung des Kaschmirkonflikts erschwert, ist nicht so sehr die begrenzte strategische Bedeutung der Himalayaregion, sondern ihr Symbolcharakter. Mit dem Verlust Kaschmirs wird der Beginn des Auseinanderbrechens der fragilen multiethnischen und multisprachlichen indischen Union gleichgesetzt. Das gebetsmühlenhafte Wiederholen der in einigen Punkten zumindest völkerrechtlich fragwürdigen indischen Position (kein Volksentscheid, Kaschmir ist integraler Bestandteil Indiens, keine Vermittlung von dritter Seite) illustriert nur die Angst, dass jegliche Veränderung des Status quo in Kaschmir eine Lawine von Sezessionsbewegungen in anderen Teilen Indiens nach sich ziehen würde. Die pakistanische Unterstützung der sezeptionistischen Gruppen, die von den Indern verständlicherweise als Terroristen bezeichnet werden, begründet die in den letzten zehn Jahren angewachsene antipakistanische Polemik in Indien. Zu betonen ist hier, dass diese Polemik mit Rücksicht auf die eigene muslimische Bevölkerung fast nie antiislamisch geprägt war. Für Pakistan stellt Kaschmir das "unfinished business of partition" und eine Sache der Ehre dar. Darüber hinaus liefert die ungelöste Kaschmirfrage der pakistanischen Armee immer wieder Argumente zur Rechtfertigung der überaus hohen Militärausgaben (2001 ca. 30 Prozent des BIP).

Während bewaffneter Konflikte fallen allerdings regelmäßig die sonst selbst auferlegten Schranken in Bezug auf patriotische oder nationalistische Äußerungen. Gerade in den letzten Jahren, das heißt während des Kargil-Krieges 1999 und der großen Spannungen nach dem Anschlag auf das indische Parlament vor vier Monaten, ist zu beobachten, dass die politische Rhetorik auch in offiziellen Äußerungen beider Staaten zunehmend unverblümt kriegerische Züge annimmt. Beide Seiten sprechen vom Feind, wenn nicht vom Erzfeind, sowie davon, dem jeweiligen Gegner eine Lektion erteilen zu müssen. Die Option des Einsatzes der seit 1998 vorhandenen Atombomben wird ernsthaft, offen und mit allen üblichen Drohgebärden verbunden, diskutiert. Der Terminus "pakistanische Terroristen" ist in den letzten Monaten so häufig verwendet worden, dass kaum jemand sich mehr daran zu erinnern scheint, dass eine solche Aussage noch vor wenigen Jahren unbedingt vermieden wurde, um keine diplomatischen Verwicklungen zu provozieren.

Wie man sieht, spielen in den Beziehungen der beiden Staaten, vor allem bezüglich der Wahrnehmung des jeweils anderen Landes Klischees eine herausragende Rolle. Die Konfrontation ist zudem, ähnlich wie der Nahostkonflikt, in erheblichem Maße emotionalisiert worden. Zur Einschätzung der jeweiligen Situation sind deshalb nicht nur die außenpolitisch relevanten Fakten sowie innenpolitische Vorgänge zu analysieren, sondern auch psychologische Erwägungen durchzuführen.

Indien und Pakistan seit den Nukleartests

Für zahlreiche ausländische Beobachter sowie für die internationalen Medien waren die indischen Atombombentests vom Mai 1998 das herausragende politische Ereignis der neunziger Jahre im südasiatischen Raum. Niemand hatte vor diesen Tests daran gezweifelt,

dass Indien und Pakistan in der Lage wären, Atombomben zu produzieren. Deshalb wurden die Tests zu einer, vom weitaus größten Teil der indischen Öffentlichkeit als legitim empfundenen Demonstration der militärischen und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes - man war sich einig, dass diese Demonstration der Stärke und Größe der indischen Nation den internationalen Imageverlust und die Auswirkungen voraussehbarer Sanktionen aufwiegen würde. Die hindunationalistische Partei BJP hatte schon in ihrem Wahlprogramm deutlich gemacht, dass sie, einmal an der Macht, nicht, wie vorausgegangene Regierungen, vor solchen Tests zurückschrecken würde. Die neue Position der Stärke und Abschreckung sowie der deutlichere Anspruch auf eine politische Vormachtstellung Indiens in Südasien sind zentrale Punkte einer Strategie, die besonders aggressiv von Brajesh Mishra, einem der wichtigsten Berater Premierminister Vajpayees, verfochten wird. Rhetorisch abgeschwächt beziehungsweise zunehmend diplomatisch wird eine entsprechende strategische Doktrin auch über den südasiatischen Rahmen hinaus vom heutigen Außenminister Jaswant Singh vertreten. Indien sollte das Image eines "soft state" abschütteln und das würde am besten mit einem nuklearen Paukenschlag gelingen.

Die pakistanische Antwort ließ nicht auf sich warten - immerhin war ein militärischer Patt mit Indien seit den siebziger Jahren eine der Hauptprämissen pakistanischer Außenpolitik gewesen. Ende Mai 1998 wurden die pakistanischen Tests durchgeführt, unter großem Jubel der Bevölkerung. Interessanterweise vermieden beide Staaten, den jeweils anderen eindeutig als Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Kernwaffen zu nennen. Pakistan führte "Sicherheitsbedenken" und Indien gar eine nicht näher benannte Gefahr, die von China ausgehe an. Die Erwähnung Chinas, wohl getätigt, um die Spannungen mit Pakistan nicht weiter eskalieren zu lassen, führte zu einer diplomatischen Eiszeit zwischen Indien und der Volksrepublik. Signifikanterweise sprach man auf höchster Ebene weder in Pakistan von einer islamischen, noch in Indien von einer Hindu-Bombe. Entsprechende religiöse Polemik wurde auf höchster Ebene vermieden, was im Fall Pakistan verwunderte, da das Land als erster islamischer Staat erfolgreich Kernwaffen getestet hatte. Selbst religiöse Hardliner konnten in Indien nicht von einer Hindu-Bombe sprechen, da der Chef des indischen Raketen- und Atomwaffenprogramms, Abdul Kalam, ein muslimischer Wissenschaftler ist. Wichtiges Ergebnis der Tests sind die wirtschaftlichen Auswirkungen durch internationale Sanktionen und lokale Börsencrashes. In Pakistan trafen diese eine ohnehin schon geschwächte Ökonomie und verstärkten die wirtschaftliche Misere unter der das Land seit Anfang der neunziger Jahre leidet. Indiens Wirtschaft verkraftete die Sanktionen weit besser und so scheinen die Auswirkungen der Nukleartests das strategische Kalkül der indischen Führung zu bestätigen.

Politischer und diplomatischer Schlagabtausch

Wenn man die folgenden dreieinhalb Jahre politischer Entwicklungen und diplomatischer Bemühungen auf bilateraler Ebene betrachtet, so ist eine fast regelmäßig zu nennende Abfolge eskalierender Spannungen und Tauwetterphasen zu beobachten. Es scheint, als empfinde das politische und militärische Establishment beider Staaten die Notwendigkeit zum Handeln jeweils dann, wenn ein Vorteil oder Vorstoß der anderen Seite von der jeweils eigenen Bevölkerung als Nachteil oder Schmach verstanden werden könnte. Die emotionale Komponente des Konflikts wird hier besonders deutlich.

Auf die Atomversuche, die wie erwähnt für Pakistan nachteilige Auswirkungen hatten, folgte Indiens diplomatischer Vorstoß mit der Busreise Premierminister Vajpayees in die pakistanische Kulturmetropole Lahore und ein als Meilenstein empfundenes Gipfeltreffen mit dem pakistanischen Regierungschef Nawaz Sharif. Dem so eingeleiteten Entspannungsprozess wurde durch den von der pakistanischen Armeeführung unter Musharraf mitvorbereiteten Kargil-Krieg ein schnelles Ende bereitet. Auf den von den USA und der indischen Armee erzwungenen Rückzug, verbunden mit einer offensichtlichen

Demütigung der zivilen Führung Pakistans durch internationalen Druck folgte der Putsch General Musharrafs Ende 1999 unter der klaren Zielsetzung der Wiederherstellung einer unabhängigen und starken pakistanischen Position, vor allem in Bezug auf Indien. Die Machtübernahme durch den starken Mann Musharraf ist in Pakistan weithin begrüßt worden. Indien sah sich einem geschickten Außenpolitiker und Diplomaten gegenüber, der in der Lage war, das Image eines autoritären Diktators mehr und mehr abzustreifen und sich durch verschiedene diplomatische Initiativen und Entspannungsbemühungen mit Indien in eine aktive Position zu manövrieren. Indien, noch durch Kargil brüskiert, konnte sich leisten, diesen Bemühungen Musharrafs ablehnend gelassen entgegenzutreten, da die USA ihr Prinzip der politischen Gleichbehandlung von Indien und Pakistan fallen zu lassen schienen. Vielversprechende wirtschaftliche Perspektiven in Indien und eine Diktatur in Pakistan gaben der Clinton-Administration genügend Gründe, um erstmals seit der Unabhängigkeit 1947 eine vorsichtig proindische Position, auch in Bezug auf die Vorgänge in Kaschmir, einzunehmen. Für viele Beobachter war dies eine natürliche Folge der sich für die USA seit dem Abzug der Sowjets aus Afghanistan verringerten strategischen Bedeutung Pakistans. Während sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten Indiens, mit Ausnahme linker Gruppierungen in Anbiederung an den neugewonnenen amerikanischen Freund übertrafen, setzte General Musharraf seine Bemühungen um verbesserte Kontakte zu Indien und eine Verbesserung seines internationalen Ansehens fort. Der internationale Druck auf Neu Delhi zur Wiederaufnahme des Dialogs mit Islamabad wuchs um die Jahreswende 2000/2001 stetig an. US-Präsident Clinton hatte Kaschmir als den "gefährlichsten Ort auf Erden" bezeichnet und unterstützte die wiederholten Gesprächsangebote Musharrafs an Vajpayee, die auf eine Entspannung hoffen ließen. Exemplarisch für die starre indische Position war das Ausschlagen der von Pakistan angebotenen humanitären Hilfe für die Opfer der Erdbebenkatastrophe im indischen Bundesstaat Gujarat. Indiens ablehnende Haltung lockerte sich nach erst inoffiziellen, dann offiziellen diplomatischen Kontakten auf unterer Ebene. Bestehen blieb allerdings Indiens traditionelle Vorbedingung für Gespräche: diese hätten auf rein bilateraler Ebene stattzufinden. Im Frühjahr 2001 lud Premierminister Vajpayee überraschend General Musharraf zu einem dann mit Spannung erwarteten Gipfel in die indische Stadt Agra ein. In den Medien beider Staaten wurde bereits von einem Friedensprozess gesprochen, jedoch wurde der Gipfel, der unter großen Hoffnungen im Juli 2001 in beinahe herzlicher Atmosphäre stattfand, am letzten Tag erfolglos abgebrochen, als man sich nicht auf den Wortlaut einer gemeinsamen Erklärung einigen konnte. Die Hardliner aus den Reihen der Hindu-Nationalisten in der indischen Regierung hatten eine Einigung, die zwischen Musharraf, der sich noch vor dem Gipfel zum Präsidenten Pakistans erklären lassen hatte, und Vajpayee zuvor schon erreicht schien, in letzter Minute zu torpedieren gewusst. Von beiden Seiten wurde der Gipfel im Nachhinein trotz aller Fehlschläge als Erfolg gewertet, typischerweise wurde darauf verwiesen, dem jeweils anderen keine entscheidenden Zugeständnisse gemacht zu haben. Musharrafs Talent im Umgang mit den Medien, seine zur Schau gestellte Jovialität im Verein mit der bei den Verhandlungen anfangs gezeigten Bereitschaft zu Zugeständnissen sowie seine letztliche Entschlossenheit im Beharren auf Kernpunkten schufen ihm auch in der indischen Öffentlichkeit das Image eines tatkräftigen Staatsmannes, der bereit ist, neue pragmatische Wege in den Beziehungen beider Staaten einzuschlagen. Steif und uninspiriert wirkte dagegen die indische politische Führung - ihr Beharren auf dem Status quo führte zu einer neuerlichen diplomatischen Abkühlung. Letztlich muss der Gipfel von Agra als ein übereilter Versuch, zu einer Verständigung zu kommen, angesehen werden. Keine der beiden Seiten war zu substantiellen Konzessionen bereit. Der pragmatische und ausgesprochen dynamische Ansatz Musharrafs - Zitat: "ob wir Kaschmir einen Disput (dispute) oder ein Problem (issue) nennen ist mir relativ gleich, wir müssen darüber sprechen!" - lief bei den wie stets auf genaue Wortwahl und diplomatische Formeln bedachten Indern ins Leere.

In die Zeit erneuter Initiativen von pakistanischer Seite sowie eskalierender Auseinandersetzungen zwischen sezessionistischen Gruppen und der indischen Armee in Kaschmir fielen die Ereignisse des 11. September 2001. Indiens verfrühte diplomatische Initiative, den Kampf gegen den Terrorismus mit dem Kampf gegen den von Pakistan unterstützten grenzüberschreitenden Terrorismus in Kaschmir zu verbinden, fiel dem Pragmatismus der amerikanischen Führung zum Opfer. Schlimmer noch, Indiens weitreichendes Angebot, seinen Luftraum sowie Militärflugplätze zur Verfügung zu stellen, schuf den Eindruck einer Regierung, die sich den USA auf Kosten Pakistans anzubiedern versuchte. Dieses allzu offensichtliche Manöver wurde in der indischen Öffentlichkeit sogleich als dilettantisch eingestuft, während der Rivale um die Gunst Amerikas, seine alte geostrategische Bedeutung für die USA wiedererlangte. Musharrafs Entschlossenheit angesichts der explosiven innenpolitischen Lage in Pakistan und seine Zustimmung zu den Forderungen der USA nach Zusammenarbeit haben ihm in Washington und Europa hohes Ansehen geschaffen, während die wiederholten Einsprüche Indiens zu einer Beteiligung Pakistans an der internationalen Koalition häufig den Eindruck realitätsferner Polemik erweckten.

Die von Indien als nachteilig empfundene Situation änderte sich grundlegend nach den islamistischen Selbstmordanschlägen auf das kaschmirische Parlament am 3. Oktober und das indische Zentralparlament am 12. Dezember 2001. Vor allem der letztere Anschlag, bei dem die versammelte politische Elite Indiens zu Geiseln oder Opfern der Terroristen hätte werden können, wurde als Angriff auf die Souveränität der indischen Demokratie verstanden und entsprechend mit einem massiven Truppenaufmarsch an der Grenze zu Pakistan und Ultimaten an die pakistanische Regierung beantwortet. Obschon eine direkte Beteiligung Pakistans oder des pakistanischen Geheimdienstes ISI an der Vorbereitung der Anschläge nicht nachgewiesen werden konnte, bestand Indien unter Androhung eines bewaffneten Konflikts mit Einbeziehung der nuklearen Option auf der Auslieferung einiger in Pakistan vermuteter Terroristen und forderte Musharraf zum Handeln gegen islamistische Gruppierungen auf. Musharraf vollführte unter dem Druck der USA und Indiens mit seiner Rede vom 11. Januar 2002 und den darauffolgenden antiislamistischen Aktionen eine zweite, innenpolitisch durchaus riskante Kehrtwende und sprach sich vor dem pakistanischen Volk für die Entwicklung Pakistans hin zu einem modernen und fortschrittlichen islamischen Staat aus. Für Pakistan bedeutete dies die wichtigste innenpolitische Neuorientierung seit den siebziger Jahren, für Südasien die zeitweilige Eindämmung der Kriegsgefahr. Die Antwort der indischen Seite auf die Rede Musharrafs darf als typisch gelten: man warte auf die Auswirkungen der schönen Worte und sehe vorerst keinen Grund, seine Truppen von der Grenze zurückzubeordern. Die indische Regierung sah sich in einer moralisch gerechtfertigten offensiven Position, die so lang als möglich aufrechterhalten werden sollte, übrigens wohl auch im Hinblick auf Regionalwahlen in einem der wichtigsten indischen Bundesstaaten, die im Februar stattfanden und mit einer Niederlage für die Regierungspartei BJP endeten. An der indisch-pakistanischen Grenze stehen sich weiterhin rund eine Million Soldaten gegenüber.

Fazit

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist ein Ende der Konfrontation zwischen beiden Staaten nicht abzusehen. Entspannungsimpulse scheiterten in den letzten Jahren regelmäßig an der fehlenden Bereitschaft zu Kompromissen. Es herrscht eine Atmosphäre des gegenseitigen Misstrauens. Verfechter einer Politik der Annäherung sehen sich im jeweils eigenen Land Gruppierungen oder Parteien gegenüber, die aus innenpolitischen oder ideologischen Erwägungen an einer Aufrechterhaltung der Konfrontation interessiert sind. Die verbale Auseinandersetzung gewann in den letzten Jahren bedeutend an Schärfe, im diplomatischen

Verkehr sind Spionagevorwürfe an das Personal der jeweiligen Auslandsvertretung und wechselseitige Ausweisungen Normalität geworden.

Angesichts der drängenden sozialen Probleme in beiden Ländern erscheinen die hohen Militärausgaben aberwitzig. Ich möchte keine Prognosen hinsichtlich der Entwicklung des Konflikts wagen, jedoch sind ein Durchbruch oder gar eine dauerhafte Lösung in nächster Zeit nicht zu erwarten.

Mag. Robert Siegfried, geboren 1972, studierte in Bamberg und Halle (Saale) Indologie, Islamwissenschaft und Arabistik. Während des Studiums waren seine Interessenschwerpunkte Politik sowie Islam in Südasien (1997-98 Gaststudium an der Aligarh Muslim University, Indien).

1999 schloss er sein Studium mit einer Arbeit zu einem bengalischen Zweig der islamischen Mystik (Sufismus) ab.

Der jetzige Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich des modernen bengalischen Sufismus, vor allem auf dessen sprachlicher und historischer Verflechtung mit Nordindien und dem arabisch-persischen Sprachraum.

Robert Siegfried promoviert zur Zeit an der Universität Halle-Wittenberg.